

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 9

Artikel: Jordanien sucht Waffen
Autor: Stepanek, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095200>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

3. Wenn so der Erdölboykott als Signal an den Westen zu verstehen ist, das auch im Interesse des Westens abgegeben worden ist, so sind die nun verlangten höheren Preise in diese Betrachtungsweise einzuschließen. Die weltwirtschaftlich unverantwortbare Billigkeit des Erdöls hat falsche Entwicklungsweichen gestellt. Je länger die Oelpreise tief blieben, desto länger hätte sich der Westen auf gefährlichen Geleisen fortbewegt. Und je früher die Preise erhöht wurden, desto besser können wir die nötigen Korrekturen vollziehen. Die durchaus nicht unendlichen, wenn auch nicht so knappen Oelvorräte sollten in erster Linie petrochemischen Verwendungszwecken vorbehalten bleiben, da dort der Grenznutzen des Erdöls am höchsten ist. Und nur durch die Preiserhöhungen werden die Anreize geschaffen, damit die Substitutionsgüter für Heizöl und Benzin entwickelt werden und damit die Konsumüberbordung eingedämmt wird, die sonst im ökologischen Selbstmord hätte enden können.

4. Natürlich bescheren die beträchtlich angehobenen Oelpreise die Industrienationen mit einem Strauss neuer Probleme, vorab natürlich mit dem Umschwung in der Zahlungsbilanz. Aber das konfrontiert uns — auch hier je früher, desto besser — mit der unausweichlichen Tatsache, dass wir in den letzten 15 Jahren weit über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wenn jetzt noch Zeit für die nötigen Anpassungen bleibt, so werden wir das in erster Linie Präsident Sadat zu danken haben. Allerdings könnte der erhöhte Oelpreis und die sich daraus ergebende Belastung der westeuropäischen Zahlungsbilanzen mindestens vorübergehend unsere Entwicklungshilfe gefährden. Das wäre zwar zu bedauern. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass die Araber als künftige Entwicklungsförderer erfolgreicher sein könnten, auch wenn die Folge eine Islamisierung Afrikas sein wird.

5. Die erhöhten Einnahmen der arabischen Länder sind unter einem weiteren Blickwinkel auch ein Garant besserer Beziehungen des Nahen Ostens zum Westen. Denn die Milliardenhalde, die sich nun unter arabischen Händen anhäuft, muss letztlich investiert werden. Die kommunistische Planwirtschaft erträgt keine Auslandsinvestition dieses Ausmasses, vor allem keine gewinnorientierte. Die Entwicklungsgebiete sind auf Jahre hinaus kein Anlagefeld für die Beträge, um die es hier geht. Das bedeutet in wirtschaftlicher Hinsicht, dass der Nahe Osten heute mehr denn je zuvor auf die Marktwirtschaft Westeuropas und Nordamerikas angewiesen bleibt. Und wer wird die Unternehmung schädigen, an der er mit Aktien beteiligt ist?

6. Aus einem weiteren Grunde sind die erhöhten Oelpreise bedeutsam. Sie werden nämlich von den arabischen Ländern nun auch kompromisslos von den Staaten des Sowjetblocks gefordert. Das bereitet namentlich der Sowjetunion Sorgen, zumal sie sich zu mittelfristigen Oellieferungen an Westeuropa vertraglich verpflichtet hat. Diese Lieferungen könnten jetzt gefährdet werden. Da ferner der arabische Waffenbedarf aller Voraussicht nach rückläufig sein wird, muss Osteuropa als Bezahlung des teureren Erdöls vermehrt Konsumgüter nach dem Nahen Osten liefern, in ein Gebiet also, dem härtere Devisen nicht fehlen werden. Erstmals wird also Osteuropa auf der Ebene der Konsumgüterproduktion in echte Konkurrenz mit dem Westen treten müssen und diesen Kampf glatt verlieren.

7. Die letzte Ueberlegung für die hier geäußerte Auffassung, dass die Erdölkrise wegen ihrer vorzeitigen Auslösung eine eher antisowjetische und prowestliche Massnahme darstellt, ergibt sich aus der internationalen politischen Lage. Der Wille zur Unabhängigkeit der arabischen Länder lässt sich ohne westeuropäische Unabhängigkeit nicht mehr verwirklichen. Der Nahe Osten kann daher kein Interesse haben, Westeuropa auszubluten. Im Gegenteil: Für die arabischen Länder erhält Westeuropa die Funktion eines Vorpostens, der notfalls sogar gestützt werden muss. Damit ist angedeutet, dass neben der wirtschaftlichen auch eine politische Interessengemeinschaft besteht, die ein sicheres Fundament für eine echte Partnerschaft abgibt. Allerdings wird der Nahe Osten auch auf die Bedingungen Westeuropas einzugehen haben, die sich ihrerseits zwingend aus der weltpolitischen Lage ergeben.

*

Für die Richtigkeit der hier angestellten Betrachtungsweise spricht übrigens der weitere Verlauf der Krise. Dass die Sowjetunion seit verganginem Herbst alle arabischen Länder, also nicht

nur wie zuvor allein die progressiven, in ihre Freundschaftsbeteuerungen einbezieht, ist kein Gegenbeweis. Denn sie hat im Nahen Osten empfindlich an Boden eingebüsst und muss hart kämpfen, um weitere Verluste zu vermeiden. Daher auch der erhöhte Druck auf Syrien, das im sowjetischen Auftrag nun eine friedliche Regelung im arabischen Raum verhindern soll. Von diesem noch unsicheren Ausgang abgesehen, hat sich das kalkulierte Risiko von Präsident Sadat als erfolgreich erwiesen.

Und die amerikanische Positionsverbesserung ist gewiss nicht nur den zweifellos überragenden Tätigkeiten Kissingers zuzuschreiben. Vielmehr fand er günstige Voraussetzungen vor, eben weil Präsident Sadat die Lage im hier geschilderten Sinn interpretieren dürfte. Dass es sich vorläufig bloss um eine amerikanische und nicht auch westeuropäische Positionsverbesserung handelt, ist auf das westeuropäische Verkennen der Lage zurückzuführen. Darauf und auf die Darstellung der gegenwärtigen weltpolitischen Lage wird daher näher einzutreten sein.

(Schluss folgt)

Michael Stepanek

Jordanien sucht Waffen

Die Suche nach neuen Optionen ist in verschiedenen arabischen Ländern auf verschiedene Weise zu beobachten. Jordanien möchte gern seine Waffen aus dem Westen durch Waffen aus dem Osten ergänzen, um die Waffen aus den arabischen Bruderländern etwas weniger fürchten zu müssen.

Ausgangspunkt ist hierbei die Feststellung, dass Jordanien in seiner militärischen Ausrüstung jedem potentiellen Gegner unterlegen ist. Die Besonderheit liegt allerdings darin, dass als potenzieller Gegner nicht nur und nicht einmal in erster Linie Israel in Frage kommt. Die offiziell nicht ausgesprochene aber um so intensiver geflüsterte potentielle, Gefahr kommt von Irak und von jenem Syrien, dem Jordanien noch im letzten Krieg gegen Israel mit immerhin 3000 Mann Panzertruppen seine «symbolische Waffenhilfe» leistete. Dieser Sachlage scheint man sich in den USA bewusst zu sein. Daher erklärt sich auch das an sich paradoxe amerikanische Interesse daran, das antiisraelische Jordanien verteidigungsfähig zu erhalten. Washington will im Falle einer akuten Bedrohung Jordaniens keine Konfrontation mit der UdSSR mehr riskieren wie im Herbst 1970 während der syrischen Panzerinvasion in Nordjordanien.

Die Beirut Zeitung «An Nahar» führt an, dass die USA den Jordanien zwischen 1970 und 1973 Waffen im Wert von 105 Millionen Dollar geliefert haben, und dies ausserhalb der 35 Millionen Dollar an Krediten. Bis 1976 wird mit 234 Millionen Dollar gerechnet. Finanzhilfe erhält Jordanien im weiteren von Saudiarabien und Kuwait.

Die 70 000 Mann zählende jordanische Armee mit ihren annähernd 500 Panzern und 50 Kampfflugzeugen ist zurzeit allein schon den syrischen Streitkräften stark unterlegen. Bei den Panzern beträgt das Verhältnis 1 : 3 und bei den

Flugzeugen gar 1 : 5. Ueberdies hat die amerikanische Regierung bisher strikt den Grundsatz befolgt, Jordanien nur solche Waffen zu liefern, welche die israelische Ueberlegenheit nicht beeinträchtigen können. Jordanische Offiziere haben sich denn auch zum Beispiel darüber beklagt, dass ihnen die Amerikaner keine weitreichenden Geschütze zur Verfügung stellen. Ebenso wenig berücksichtigt wurden bisher die Wünsche nach Luftabwehrraketen. Zwar hat Jordanien nach 1967 britische «Tigercat»-Raketen erworben, aber diese haben sich nicht bewährt.

So kam es, dass sich Hussein nach Moskau wandte, das heisst, gleich an Breschnew persönlich. Noch ist nicht bekannt, ob die Kremelführung allenfalls geneigt wäre, das kleine reaktionäre Königreich, auf dessen Territorium sehr im Unterschied zu Israel alle kommunistischen Parteien verboten sind, mit Waffen zu unterstützen. Aber bei solchen Geschäften entscheidet das politische Kalkül und nicht die Ideologie. Alles hängt davon ab, ob Moskau in seiner Nahostpolitik den Faktor eines selbständigen Jordaniens brauchen kann oder nicht. Vermutlich will man sich im Kreml in dieser Frage vorderhand die Optionen bewahren.

Jedenfalls sind die Befürchtungen Jordaniens um seine weitere staatliche Existenz nicht so sehr an Israel gebunden (es kann heute eigentlich sogar sicher sein, dass ihm von dieser Seite keine Gefahr droht!), als vielmehr an die «verbündeten arabischen Bruderländer».